

**DAS RECHT AUF NAHRUNG IN ECUADOR.  
SCHRIFTLICHER BEITRAG FÜR DAS ALLGEMEINE PERIODISCHE  
ÜBERPRÜFUNGSVERFAHREN (UPR) IM SEPTEMBER 2016 – FIAN ECUADOR.**

FIAN Ecuador, eine nationale Sektion von FIAN International, ist eine NGO mit Beraterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC). FIAN Ecuador ist eine unabhängige und gemeinnützige Organisation ohne Parteizugehörigkeit, welche durch die *Decreto Ejecutivo No. 583* (Verfügung Nr. 583) anerkannt wurde. FIAN International kämpft für die Einhaltung des Menschenrechts auf Nahrung und angemessene Ernährung (RTAFN).

1. Offiziellen Informationen zufolge<sup>1</sup>, litten zwischen 2013 und 2014 23,9% der Ecuadorianer im Alter von unter fünf Jahren unter chronischer Mangelernährung, 31,9% hiervon wohnten in ländlichen Gebieten. 37,9% der ecuadorianischen Kinder<sup>2</sup> sind von Anämie betroffen, während 14,7% ein Defizit an Vitamin A aufweisen<sup>3</sup>. Darüber hinaus stellte ECLAC fest, dass im Jahr 2013 33,6% der Ecuadorianer in Armut, zwölf Prozent sogar in extremer Armut lebten. Die ländlichen Gebiete waren am stärksten von Armut betroffen<sup>4</sup>. In Bezug auf die Verfügbarkeit von Ressourcen zur Realisierung des Rechts auf angemessene Nahrung und Ernährung, verfügen 81,9% der Haushalte, die Landwirtschaft betreiben, über kein eigenes Land und nur 3,2% haben Land durch staatliche Zuweisung erworben<sup>5</sup>.
2. FIAN Ecuador identifiziert den mangelnden Zugang zu Land und an Kontrolle über dieses als Hauptgrund für Verletzungen des Rechts auf Nahrung in Ecuador. Diese werden hervorgerufen durch öffentliche Politiken, die große transnationale Unternehmen oder andere mächtige Gruppen bevorzugen. Als Konsequenz dieser Politiken, sind ländliche und indigene Gemeinden Opfer von Zwangsvertreibungen, die mit Unterstützung des Militärs durchgeführt werden. Diese Situation verursacht regelmäßige Verletzungen des Menschenrechts auf Nahrung sowie des Menschenrechts auf Wohnen, welche fundamental für das Menschenrecht auf einen angemessenen Lebensstandard der marginalisierten ländlichen Gemeinden sind.
3. Im Jahr 2012 sprach der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (WSK-Ausschuss) an Ecuador die Empfehlung aus, Pläne für Landtitulierungen zu entwickeln, die bäuerliches Eigentum an ihrem Land schützen und Schutzmechanismen zur Vermeidung von Zwangsverkäufen in ländlichen

---

<sup>1</sup> INEC. *Encuesta de Condición de Vida 2014*.

<sup>2</sup> Kinder unter 5 Jahren.

<sup>3</sup> SOFA, 2013.

<sup>4</sup> <http://plataformacelac.org/storage/app/uploads/public/567/02d/75c/56702d75c930b324049033.pdf> S. 2. [Stand 12/09/2016, 15H05].

<sup>5</sup> INEC. *Encuesta de Condición de Vida 2014*.

Gebieten sowie Monitoring-Mechanismen zu etablieren, die Prozesse der Umsiedlung und der Auswirkungen auf das Recht auf Wohnen begleiten<sup>6</sup>.

4. Der WSK-Ausschuss<sup>7</sup> drängte den ecuadorianischen Staat im Rahmen des Bergbaus und der Kohlenwasserstoffgewinnung, indigene Gemeinschaften zu konsultieren und die Zulässigkeit von Projekten von deren freiem Einverständnis abhängig zu machen. Es wurde außerdem gefordert, ausreichenden Raum und Gelegenheit für Reflexion und Entscheidungsfindung einzuräumen und Schutzklauseln für die kulturelle Integrität sowie Entschädigungsmaßnahmen zu etablieren.
5. Im UPR 2012 wurde Ecuador empfohlen weiterhin die Rechte, welche im Zusammenhang mit einem Leben in Würde stehen, insbesondere Ernährungssouveränität und eine gesunde Umwelt, durchzusetzen. Des Weiteren wurde empfohlen Strategien zur Armutsbekämpfung zu fördern, sowie gegen Ernährungsunsicherheit und mangelnden Wasserzugang vorzugehen. Diese Empfehlungen wurden von dem Ecuadorianischen Staat angenommen<sup>8</sup>.
6. Ungeachtet der staatlichen Pflichten aus ICCPR, ICESCR, ILO-Konvention 169, etc. haben im Land Zwangsvertreibungen, ohne Rücksicht auf das nationale und internationale Recht, wie man in Ziffern 17 und 22 dieses Schreibens nachlesen kann, stattgefunden<sup>9</sup>.

## **POLITISCHER UND NORMATIVER RAHMEN BZGL. DES RECHTS AUF NAHRUNG UND DEM ZUGANG ZU LAND**

7. Die Ecuadorianische Verfassung (2008) sieht vor, dass alle Personen, Gemeinschaften, Völker, Nationalitäten und Kollektive Adressaten und Berechtigte der in der Verfassung und den internationalen Verträgen (Art. 10 CE) garantierten Rechte sind. Ebenso ist der Grundsatz des „Buen Vivir“ in der Verfassung festgeschrieben. *Buen Vivir* ist eine Lebensform im Einklang mit dem Fortbestand biologischer und kultureller Vielfalt. Laut dem Nationalen Sekretariat für Planung und

---

<sup>6</sup> UN Doc. E/C.12/ECU/CO/3, Zif. 26: *“develop land titling plans in order to safeguard campesinos’ ownership of their land and establish mechanisms for preventing forced sales in rural areas [...] [and] put in place mechanisms for monitoring evictions and resettlement processes and their impact on such families’ right to housing.”*

<sup>7</sup> *Ibidem*.

<sup>8</sup> UN Doc. A/HRC/21/4. Zif. 135.46 und 135.51

<sup>9</sup> CDH-GUAYAS. Zwangsvertreibung von 44 Familien in Colimes. Verfügbar unter: <http://www.cdh.org.ec/ultimos-pronunciamientos/268-desalojo-forzoso-de-44-familias-en-colimes.html>. [Stand: 12/09/2016, 15H30].

Entwicklung ist *Buen Vivir* weder auf Reichtum noch auf unbegrenztes wirtschaftliches Wachstum ausgerichtet<sup>10</sup>.

8. Bzgl. der Umverteilung von Land, sieht Art. 334 der Verfassung vor, dass es die Pflicht des Staates ist, gleichen Zugang zu Produktionsfaktoren zu ermöglichen, die Konzentration von Ressourcen und Produktionsfaktoren zu vermeiden, Umverteilung zu fördern und Privilegien oder Ungleichheiten beim Zugang zu Ressourcen zu beseitigen. Es ist ebenfalls die Pflicht des Staates spezifische öffentliche Politiken zu entwickeln, um die Diskriminierung von Frauen beim Zugang zu Produktionsmöglichkeiten und Ressourcen zu beseitigen.
9. Art. 282 zeigt dass der Staat die Verpflichtung hat den Gebrauch und Zugang zu Land entsprechend seiner sozialen Funktion und Relevanz für die Umwelt zu regeln. Der Zugang zu Land soll gerecht unter BäuerInnen verteilt sein. Der Artikel verbietet Großgrundbesitz, Landkonzentration und eine Anhortung oder Privatisierung von Wasser oder Wasserquellen.
10. Im Jahr 2009 wurde das Gesetz zur Ernährungssouveränität (Ley Orgánica del Régimen de Soberanía Alimentaria - LORSA) verabschiedet, welches den Staat verpflichtet einen produktiven Landgebrauch zu fördern und Landgrabbing den Anreiz zu nehmen (Art. 3).
11. Der Nationale Plan des *Buen Vivir* sieht als eines seiner Ziele für die Änderung der Produktionsmatrix im ländlichen Bereich die „Demokratisierung des Zugangs zu Produktionsfaktoren“ vor. Eines der Projekte, welches 2009 zur Umsetzung dieses Ziels ins Leben gerufen wurde<sup>11</sup>, ist der „Plan de Tierras“<sup>12</sup>, welcher Ungleichheiten beim Zugang zu Land für kleine und mittlere landwirtschaftliche Produzenten durch staatlichen Erwerb und Umverteilung von Land sowie Legalisierung staatlicher, privater und Brachenpreise verringern will<sup>13</sup>.
12. Im März 2016 wurde das Landgesetz (*Ley Orgánica de Tierras Rurales y Territorios Ancestrales*) verabschiedet. Dieses Gesetz stand in der Kritik wegen mangelnder Partizipation der BäuerInnen und Indigenen, deren Vorschläge nicht angemessen in die Ausarbeitung einbezogen wurden<sup>14</sup>.

---

<sup>10</sup> *Plan Nacional para el Buen Vivir 2013-2017*

<sup>11</sup> (<http://balcon.magap.gob.ec/pruebas/index.php/tierra-y-riego/plan-tierras> [Stand: 12/09/2016, 16H15])

<sup>12</sup> *Ibidem*.

<sup>13</sup> Fact-Sheets zu Projekten zur Änderung der Produktionsmatrix. Verfügbar unter <http://servicios.agricultura.gob.ec/transparencia/pdfs>, ver en: FIAN Ecuador. *Balance de la situación alimentaria y nutricional en Ecuador. 2015*. S. 44

<sup>14</sup> Zeitung *El Universo*. *Conaie se declaró en 'resistencia' por la Ley de Tierras*. Verfügbar unter: <http://www.eluniverso.com/noticias/2015/12/18/nota/5303889/conaie-se-declaro-resistencia-ley-tierras>. [Stand: 12/09/2013, 15H39].

## SITUATION HINSICHTLICH DES ZUGANGS ZU LAND FÜR BÄUERINNEN AUS ECUADOR: DER *PLAN DE TIERRAS*

13. Zuzolge des Berichts 2015: *Balance de la situación alimentaria y nutricional en Ecuador* hat der *Plan de Tierras* enorme Einschränkungen bezüglich der Umverteilung gezeigt; nur 1,04% der 2,5 Millionen Hektar, die der Staat zunächst zur Verteilung angeboten hatte, wurden zwischen 2011-2015 als Teil des Plans tatsächlich an ländlichen Organisationen verteilt. Es gibt rechtliche und administrative Konflikte wegen fehlender Überwachung durch das Ministerium für Landwirtschaft, Viehzucht und Fischerei (MAGAP). So bestehen in der Region Sierra bei 6 der 18 übergebenen Grundstücke, welche durch FIAN dokumentiert wurden, schwerwiegende rechtliche Probleme, einschließlich Streitigkeiten mit den ehemaligen Besitzern, Zwangsverfahren der Nationalen Entwicklungsbank (BNF) wegen der Nichtzahlung von durch die Begünstigten erworbenen Schulden, Prozesse der Umschuldung, etc.<sup>15</sup>.
14. Die Entwicklungen seit der politischen Um- und Durchsetzung des neuen Produktionsmodells, haben dazu geführt, dass Bauern keinen Zugang mehr zu grundlegenden Gütern haben um ihr Menschenrecht auf Nahrung und angemessene Ernährung (RTAFN) sowie ihr Recht auf Wohnen zu wahren. Nach der Bankenkrise 2000 hat die Agentur für Einlagensicherheit (AGD), die für die Landverteilung zuständig war, Ländereien zum Zweck der Weiterverteilung beschlagnahmt. Außerdem haben bäuerliche Verbände sich brachliegender, ruraler Ländereien bemächtigt, in der Annahme, dass diese Ihnen übergeben werden sollten. Dies passierte auf Grund von falschen Aussagen seitens Beamter des öffentlichen Dienstes, nach denen die oben erwähnten Grundstücke an die Bauern übergegeben werden sollten. Dies hat in der Folge dazu beigetragen, dass in den vergangenen Jahren Zwangsräumungen mit Genehmigung und Unterstützung der staatlichen Behörden erfolgten, beispielsweise:

*Der Verband ASOMAC (Asociación de Montubios Autónomos de Colimes) ist seit 2004 Besitzer des Grundstücks "La Leopoldina", das von der AGD beschlagnahmt wurde. 2009 erkannten MAGAP und das nationale Institut für landwirtschaftliche Entwicklung (INDA) die Besitzrechte ASOMACs (garantía de posesión) mittels acta público im Cantón Vinces der Provinz de Los Ríos an.*

*2010 rief MAGAP den "Plan Tierras" ins Leben, was den Beginn des Landkonfliktes um das Gut La Leopoldina markierte. 2011 erklärte der Staat das Landgut zu Gemeingut. Von da an wurde das Grundstück drei Organisationen zugesprochen: ASOMAC, La Lagartera und 1 de Junio.*

*Der Übergang von ein und demselben Grundstück an drei verschiedene Organisationen sowie der Mangel an Rechtssicherheit seitens der staatlichen*

---

<sup>15</sup> Matriz de Predios entregados. Recibida el 23-12-2015, De proyecto de Acceso a Tierras de los Productores Familiares y Legalización Masiva en el Territorio Ecuatoriano. Base de Datos. Quito. Ver en: FIAN Ecuador. Balance de la situación alimentaria y nutricional en Ecuador. 2015. Pág. 68

*Institutionen haben dazu geführt, dass die Mitglieder von ASOMAC am 11. Dezember 2015 illegaler Weise zwangsgeräumt wurden, ohne die entsprechenden Besitzrechte zu berücksichtigen. Im Ergebnis wurden dadurch 44 Familien obdachlos.*

*Im März 2016 hat das Verwaltungsgericht „Tribunal Distrital No. 2 de lo Contencioso Administrativo“ mit Sitz in Guayaquil schließlich den Verwaltungsakt, mit dem das Landgut La Leopoldina der Organisation La Lagartera<sup>16</sup> zugesprochen wurde für nichtig erklärt. Woraufhin La Lagartera Berufung gegen diese Entscheidung einlegte<sup>17</sup>. Nun muss der Oberste Gerichtshof in Quito entscheiden, so dass die Rechtsunsicherheit bestehen bleibt.*

15. Der Zugang zu natürlichen Gütern wie Land oder Wasser sind grundlegend, um das Menschenrecht auf Nahrung und angemessene Ernährung auszuüben. Durch die Zwangsräumungen wurden die vertriebenen Familien auf den Flächen der anderen Mitglieder von ASOMAC aufgenommen, sodass letztendlich die gesamte Gemeinde von der illegalen Vertreibung betroffen war.

## **DAS RECHT INDIGENER VÖLKER AUF LAND**

16. Die Implementierung öffentlicher Politiken zur Förderung des neuen Produktionsmodells, einschließlich des Bergbaus, generiert Konflikte in den angestammten Territorien, insbesondere im ecuadorianischen Amazonasgebiet<sup>18</sup>. Das Fehlen von gesetzlichen Vorschriften – in Einklang mit der ILO-Konvention 169<sup>19</sup> oder den Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Regulierung von Eigentums-, Besitz- und Nutzungsrechten an Land, Fischgründen und Wäldern im Rahmen nationaler Ernährungssicherheit<sup>20</sup> – die die Gemeinschaftsrechte der indigenen Völker, insbesondere auf Land und auf vorherige, freie und informierte Zustimmung, sichern, setzt indigene Völker der ständigen Gefahr aus, dass ihr Land von ausländischen Unternehmen eingenommen wird. Eine vergleichbare Situation ist dort zu beobachten, wo Bauern und Bäuerinnen aufgrund von Bauprojekten von ihrem ursprünglichen Land vertrieben werden. Beispielhaft sei hier der Fall der Gemeinde San Pablo de Amalí genannt, in dessen Gebiet das Hydro-Tambo-Projekt gebaut wird<sup>21</sup>.

---

<sup>16</sup> Verwaltungsgericht No. 2– Guayaquil. Urteil No: 0980120120382.

<sup>17</sup> Zurzeit anhängig.

<sup>18</sup> CEDHU. *La lucha social de la nacionalidad indígena shuar amenazada por la criminalización y los desalojos*. Verfügbar unter: [http://www.cedhu.org/index.php?option=com\\_content&view=article&id=468:2016-09-07-18-52-14&catid=1:noticiasprincipal&Itemid=10](http://www.cedhu.org/index.php?option=com_content&view=article&id=468:2016-09-07-18-52-14&catid=1:noticiasprincipal&Itemid=10). [Stand 12/09/2016, 16H05].

<sup>19</sup> Art. 14 und 15

<sup>20</sup> Art. 9.4 und 9.9

<sup>21</sup> INREDH. *Hidrotambo una tragedia anunciada*.

[http://www.inredh.org/index.php?option=com\\_content&view=article&id=677:hidrotambo-una-tragedia-anunciada&catid=74:inredh&Itemid=49](http://www.inredh.org/index.php?option=com_content&view=article&id=677:hidrotambo-una-tragedia-anunciada&catid=74:inredh&Itemid=49). [Stand: 19/09/2016, 15H30].

17. Das Fehlen der Durchführung einer vorherigen, freien und informierten Anhörung sowie von Möglichkeiten der kommunalen Beteiligung an Projekten, die die Gemeinde betreffen, stellt ein allgegenwärtiges Problem dar. Bis zum heutigen Zeitpunkt hat Ecuador keine geeigneten Maßnahmen zur Wahrung und effektiven Durchsetzung dieser Rechte ergriffen. Beispielhaft für dieses Fehlverhalten sind unter anderem die Großprojekte Mirador, Loma grande und Intag<sup>22</sup>.
18. Das Nichtvorhandensein von Rechtsnormen, die das Recht auf Durchführung einer vorherigen, freien und informierten Anhörung gewährleisten, hat dazu geführt, dass die betreffenden Gemeinden ihre Rechte nun auf dem Rechtsweg geltend machen, was enorme Risiken für die Anführer von gesellschaftlichen Bewegungen birgt. Die Ermordung von zwei indigenen Anführern des Stammes der Shuar, zum einen Freddy Taish vom 7. November 2013 und zum anderen José Tendeza im Dezember 2014, innerhalb einer Konfliktzone in der Provinz Zamora Chinchipe<sup>23</sup>, sind hierfür dramatische Beispiele.
19. Zudem wurden Vertreibungen indigener Gemeinden, die sich innerhalb des Einflussgebietes der extraktiven Projekte beobachten lassen, beobachtet. Die erste Vertreibung hat am 30. September 2015 stattgefunden und richtete sich gegen die *Comunidad Amazónica de Acción Social "Cordillera del Cóndor Mirador"*, welche in der Comunidad de San Marcos, Gemeinde Tundayme, Kanton el Pangui, in der Provinz Zamora Chinchipe ansässig war<sup>24</sup>. Eine weitere Vertreibung erfolgte am 11. August 2016, bei der circa 2000 Militärs in Nankints, eine Gemeinschaft der Shuar, Gemeinde San Carlos Panantza, Kanton San Juan Bosco, in der Provinz Morona Santiago eingedrungen sind<sup>25</sup>.

<sup>22</sup> CDES. *La Consulta Previa, Libre e Informada en el Ecuador*. <http://cdes.org.ec/web/wp-content/uploads/2016/05/La-consulta-previa-libre-e-informada-en-el-Ecuador-1.pdf>. [Stand: 19/09/2016, 15H31].

<sup>23</sup> *Asamblea Nacional del Ecuador. Boletín de Prensa No. 058. Denuncia ante la ONU: Muerte de José Tendeza*. Verfügbar unter: <http://www.asambleanacional.gob.ec/es/contenido/denuncia-ante-la-onu-muerte-de-jose-tendeza> [Stand: 21/09/2016, 09H58]; *Ministerio del Interior. Ministerio del Interior firmó convenio de cooperación con pueblos Shuar*. Verfügbar unter: <http://www.ministeriointerior.gob.ec/33140/> [Stand: 21/09/2016, 09H53].

<sup>24</sup> *Ecuador Inmediato. ONU Ecuador recibió testimonios de supuesto desalojo forzoso en Tundayme*. Verfügbar unter: [http://www.ecuadorinmediato.com/index.php?module=Noticias&func=news\\_user\\_view&id=2818790656](http://www.ecuadorinmediato.com/index.php?module=Noticias&func=news_user_view&id=2818790656). [Stand: 12/09/2016, 16H12].

<sup>25</sup> *Diario La Hora. Indígenas presentan denuncia ante representante de la ONU*. Verfügbar unter: [http://lahora.com.ec/index.php/noticias/show/1101976833/-/Ind%C3%ADgenas\\_presentan\\_denuncia\\_ante\\_representante\\_de\\_la\\_ONU.html#.V-Kh7IjhDec](http://lahora.com.ec/index.php/noticias/show/1101976833/-/Ind%C3%ADgenas_presentan_denuncia_ante_representante_de_la_ONU.html#.V-Kh7IjhDec) [Stand: 21/09/2016, 10H08]; *INREDH: Urgente: militares y policías ingresan a comunidad shuar para desalojar* [http://inredh.org/index.php?option=com\\_content&view=article&id=915:2016-08-15-18-57-35&catid=73:ddhh-ecuador&Itemid=144](http://inredh.org/index.php?option=com_content&view=article&id=915:2016-08-15-18-57-35&catid=73:ddhh-ecuador&Itemid=144) [Stand: 21/09/2016, 10:08].

## AUSWIRKUNGEN DES ERDBEBENS VOM 16. APRIL 2016 AUF DAS RECHT AUF WOHNEN UND DAS RECHT AUF NAHRUNG IN DEN BETROFFENEN GEMEINDEN.

20. Das Erdbeben in der Küstenregion Ecuadors am 16. April 2016 war eines der schlimmsten Naturkatastrophen die das Land heimgesucht hat. Augenzeugen zufolge gab es Diskriminierungen beim Zugang zu humanitärer Hilfe bzgl. der Mangrovenvölker und der indigenen Gemeinschaften, welche in den am stärksten betroffenen Gebieten leben<sup>26</sup>.
21. Obwohl es schon vor dem Erdbeben in diesem Gebiet Diskriminierungen beim Zugang zu notwendigen Ressourcen, um das Recht auf Nahrung zu gewährleisten, gab, hat sich dieser Zustand während des Notstandes noch verschlimmert. In vielen Fällen, ist diese Diskriminierung unsichtbar, zum Teil wegen mangelnder offizieller Daten über Alter, ethnische Minderheiten oder Menschen mit Behinderung<sup>27</sup>.
22. Nach Angaben im Bericht Nr. 3 des Krisenstabs "San Salvador"<sup>28</sup>, bekundete die Gouverneurin von Esmeraldas während eines Treffens mit dem Krisenstab, an die Indigenen könne man nicht ohne weiteres Zelte verteilen. Zunächst müsse man eine technische Studie durchführen und erst nachdem städtischen Gebiete versorgt seien, könnten die Indigenen diese beziehen ("*a los indígenas no pueden entregarles carpas por entregar. Se debe primero realizar un estudio técnico y sólo después que terminen el trabajo en la zona urbana, podrían atenderlos*"). Zudem wisse sie, dass es sich „nur um 15 betroffene Familien handelt, was die Dringlichkeit, sich der Sache anzunehmen, nicht gerade erhöhe“<sup>29</sup>. Des Weiteren ist dem Bericht zu entnehmen, dass der Staat ihnen keine Besuche abgestattet hat, um die durch das Erdbeben beschädigten und zerstörten Unterkünfte zu erfassen. Ohne die entsprechende Erfassung erhalten sie jedoch keine Entschädigung bzw. keine Unterstützung für eine neue Unterkunft<sup>30</sup>.
23. Nach den obigen Ausführungen, sprechen wir folgende Empfehlungen aus:
1. Überprüfung und Wiederaufgreifen der Empfehlungen, die während der vorherigen Universal Periodic Review bezüglich der Landumverteilung und der

---

<sup>26</sup> *Relato de Gonzalo Guzmán, Presidente de la Unión Organizaciones Campesinas de Esmeraldas*. Datum: 20/04/2016, 10H00 en el IEE.

<sup>27</sup> *Informe mundial sobre desastres 2007. Los desastres naturales no discriminan, las personas sí*. S. 3.

<sup>28</sup> COMISION DE GESTION "San Salvador". *Boletín 3: Documento recibido al correo institucional de FIAN Ecuador el 20/09/2016 a las 16H42*. (Aus Sicherheitsgründen für den Informanten, wird sein Name vorenthalten)

<sup>29</sup> *Ibidem*

<sup>30</sup> COMISION DE GESTION "San Salvador". *Boletín 2: Documento recibido al correo institucional de FIAN Ecuador el 20/09/2016 a las 16H39*. (Aus Sicherheitsgründen für den Informanten, wird sein Name vorenthalten).

vorherigen, freien und informierten Zustimmung der indigenen und bäuerlichen Gemeinschaften gemacht wurden.

2. Implementierung von wirksamen Maßnahmen zur Vermeidung von Zwangsvertreibungen. In Fällen von Landkonflikten, welche eine Umsiedlung erfordern, soll weniger einschneidenden Maßnahmen als Zwangsvertreibungen der Vorzug gewährt werden, die weder die RTAFN noch das Recht auf Wohnraum beeinträchtigen. Wenn eine Zwangsräumung nicht vermieden werden kann, muss diese nach den internationalen Vorschriften durchgeführt werden, einschließlich der Anmerkungen 4 und 7 des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Adoptar tan pronto como sea posible todas las medidas necesarias para aplicar las Directrices Voluntarias sobre la Gobernanza responsable de la tenencia de la Tierra, La Pesca y los Bosques para el manejo de los conflictos de tierras generados por el Plan Tierras y para los programas de atención a las víctimas de catástrofes.
3. Ergreifen der notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung der Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Regulierung von Eigentums-, Besitz- und Nutzungsrechten an Land, Fischgründen und Wäldern im Rahmen nationaler Ernährungssicherheit bei der Bewältigung von Landkonflikten, welche durch die Landnutzungsplanung und Hilfsprogramme für die Opfer von Naturkatastrophen entstanden sind.
4. Ergreifen der erforderlichen Maßnahmen zur Feststellung von Diskriminierung bei der Verteilung von Hilfsgütern an Opfer von Naturkatastrophen und von Menschen verursachten Katastrophen, einschließlich partizipativer Mechanismen zur Überwachung von Menschenrechten.
5. Ergreifung aller notwendigen Maßnahmen, um Opfern von Diskriminierung den Zugang zu Hilfsgütern zu sichern.